

**Rede zu Protokoll des Abgeordneten Roderich Kiesewetter zu TOP 19 am
27.09.2012**

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses

zu dem Antrag der Fraktion der SPD

**Deutschland braucht dringend eine kohärente Strategie für die zivile
Krisenprävention**

zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Zivile Krisenprävention ins Zentrum deutscher Außenpolitik rücken

zu dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ressortübergreifende Friedens- und Sicherheitsstrategie entwickeln

- Drs. 17/4532, 17/5910, 17/6351, 17/8711 –

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die hier in der dritten Lesung zu diskutierenden Anträge haben wir in den vergangenen Lesungen bereits umfassend kritisiert und bewertet. Lassen Sie mich daher heute abschließend noch einige generelle Punkte zum Thema „Zivile Krisenprävention“ und „umfassende Sicherheit“ machen, die mir besonders wichtig sind.

Nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes und im Zuge zunehmender globaler Vernetzung aller Lebensbereiche ist die Zahl zwischenstaatlicher Kriege zwar zurückgegangen, aber Verteilungskonflikte haben erheblich zugenommen. Vorrangiges Ziel deutscher Politik ist und bleibt, dem Ausbruch gewaltsamer Konflikte bereits durch ziviles Engagement im Vorfeld entgegenzuwirken und sie wo immer möglich zu verhindern. Deutschland leistet außerdem einen Beitrag zur Bewältigung von Konflikten und zur Konfliktnachsorge.

Zivile Krisenprävention genießt nach wie vor hohe Priorität für die Bundesregierung und spielt eine zentrale Rolle in der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dies hat sich in den vergangenen Jahren nicht geändert – die SPD liegt hier falsch in Ihrer Bewertung. Zivile Krisenprävention ist deshalb aber noch lange kein Allheilmittel, auch wenn uns die Anträge der Opposition dies glauben machen wollen. Zivile Krisenprävention alleine bringt uns nicht weiter, sondern sie

muss stets ein Element – aber eben nur eines! - in einer umfassenden Sicherheitsstrategie sein.

Die vorliegenden Anträge fokussieren zu isoliert den rein zivilen Aspekt, statt das Prinzip umfassender Sicherheit aufzugreifen und auszudeklinieren. Der Ansatz vernetzter Sicherheit war im letzten Jahrzehnt gut. Umfassende Sicherheit greift weiter.

Enttäuschende Erfahrungen in der Praxis – nicht zuletzt in Afghanistan – haben den Nutzen umfassender Ansätze in der Vergangenheit infrage gestellt. Vor Ort müssen Akteure kooperieren, die mit unterschiedlichen Aufgaben auf der Einsatzebene betraut sind. Differenzen in Planung, Rekrutierung und Prioritätensetzung hemmen die Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Kräften. In internationalen Einsätzen wie in Afghanistan kann man sehen, wie unterschiedliche nationale Mandatsvorgaben multinationale militärische Einsätze beeinträchtigen können. Dennoch gibt es angesichts der komplexen Herausforderungen und Bedrohungen unserer Sicherheit keine Alternative zu vernetzten Ansätzen. Umfassende Sicherheit heißt für mich, nicht nur Krisenvor- und nachsorge, sondern schließt sowohl die zivilen Friedensdienste als auch Fragen der Entwicklungspolitik ein. Wo die militärische Unterstützung der Krisenbewältigung unausweichlich wird, müssen militärische Mittel mit Instrumenten ziviler und polizeilicher Konfliktbewältigung zusammenwirken.

Deshalb müssen wir unsere außenpolitischen Strategien und Prioritäten weiterentwickeln. In diesem Zusammenhang sollten wir den Blick auf eine übergeordnete und eine untergeordnete Ebene richten. Auf übergeordneter Ebene hat meine Fraktion bereits 2008 eine nationale Sicherheitsstrategie vorgelegt, die sich bedauerlicherweise nicht durchsetzen konnte. Dieses Thema bleibt weiter auf unserer Agenda und wird intensiv diskutiert.

Wir sollten aber unsere Energien auch auf die untergeordnete Ebene richten und nach machbaren Lösungen suchen, die eine Verbesserung der aktuellen Situation zum Ziel haben. Was wir momentan unter dem Oberbegriff zivile Krisenprävention“betreiben ist weniger Krisenprävention als vielmehr Krisenmanagement. Wie ich schon im letzten Jahr bei der Debatte dieser Anträge ausgeführt habe, möchten wir von der Union die Wirksamkeit der Mittel ziviler Krisenprävention noch weiter verbessern. Ich möchte das an einer Reihe von Punkten darstellen, die ich bereits in meiner Rede 2011 angesprochen habe.

Erstens kommt es darauf an, für jede Art von Mission – egal ob zivil, polizeilich oder militärisch – bereits vor Entsendung in der Vorbereitung Expertise für kulturelle Befindlichkeiten zu vermitteln. Das ist eine der Hauptlehren aus Afghanistan. Zweitens sind politische Ziele bereits im Vorfeld auch im VN-Mandat festzulegen. Erfolg und Misserfolg einer Mission müssen evaluierbar sein. Das bedeutet, wir brauchen Benchmarks, die im Vorfeld festgelegt werden müssen. Drittens: Jeder

Einsatz sollte jährlich auf unsere nationalen Interessen hin überprüft werden. Darüber sollten wir mindestens einmal jährlich im Parlament diskutieren. Viertens: Zur rechtzeitigen Aufdeckung von Krisen ist ein Frühwarnsystem erforderlich, zu dem auch Nichtregierungsorganisationen einen wesentlichen Beitrag leisten können. Fünfter Punkt: Unser Land muss die Voraussetzungen für mehr Bewerbungen von geeignetem und gut ausgebildeten Personal schaffen. Sechstens müssen wir dafür Sorge tragen, vernetztes Denken in den Köpfen von Diplomaten, Soldaten, Referenten der Fachministerien und im Friedensdienst zu verankern. Dazu brauchen wir mehr gemeinsame Schulungen oder Ausbildungen. Die umfassende rechtzeitige Zusammenarbeit aller Akteure, aber auch Kooperation und Absprache der zivilen Partner untereinander wie auch mit der lokalen Bevölkerung sind dafür Voraussetzungen. Eine geeignete internationale Plattform sind Regionalkonferenzen; national sollten wir unsere Bundesakademie für Sicherheitspolitik aufwerten, wie ich in meiner Rede 2011 bereits ausgeführt habe.

Statt also einseitig die zivile Krisenprävention ins Zentrum deutscher Außenpolitik zu rücken, sollten wir weiter an einem umfassenden und schlüssigen sicherheitspolitischen Ansatz arbeiten. Eine sicherheitspolitische Generaldebatte, die durch eine Regierungserklärung begleitet würde, wäre hier ein sehr bedeutsamer Schritt in die richtige Richtung.